

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Die zunehmende Verschränkung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik aus Sicht des BMZ

Staatssekretär Erich Stather (BMZ)

Ein Beitrag aus der Tagung:

Gesicherte Entwicklung?

Zunehmende Verschränkung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Bad Boll, 3. – 4. November 2008, Tagungsnummer: 670108

Tagungsleitung: Matthias Wanzeck, Falk Schöller, Simona Scheibitz, Nicole Kimmel

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2008 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Staatssekretär Erich Stather

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**Die zunehmende Verschränkung von Entwicklungs- und
Sicherheitspolitik aus Sicht des BMZ**

**Entwicklungspolitische Fachtagung „Gesicherte Entwicklung?“
Evangelische Akademie Bad Boll**

3. November 2008, 10:00 - 12:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Gliederung

- I. Begrüßung / Einleitung
- II. Konfliktursachen – Lösungsansätze
- III. Rolle der Entwicklungspolitik und Beitrag der EZ in der zivilen Krisenprävention und zur Erhöhung der Sicherheit
- IV. Ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Krisenprävention und –bewältigung / Gedanken zur zivil-militärischen Zusammenarbeit
- V. Fazit

I. Begrüßung / Einleitung

- Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu dieser Veranstaltung und freue mich, mit Ihnen über **Entwicklung und Sicherheit** diskutieren zu können.

- Denn: **Sicherheit und Entwicklung bedingen einander!** Vor gut 200 Jahren hat Wilhelm von Humboldt diesen Zusammenhang bereits erfasst: *„Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Früchte derselben zu genießen.“*
- Dieser Satz formuliert bereits treffend, warum Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik **gemeinsame** Ziele verfolgen müssen,
- Selbst wenn wir dies auf **unterschiedlichen Wegen**, mit unterschiedlichen **Mitteln** tun.
- Im BMZ bilden dabei vor allem die **Millenniums-Entwicklungsziele**, als „acht Gebote einer gerechten Globalisierung“, den unverrückbaren Referenzrahmen unserer Arbeit

II. Konfliktursachen – Lösungsansätze

- **Kofi Annan** hat 2003 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gemahnt: *„Wir sehen heute mit ernüchternder Klarheit, dass eine Welt, in der Millionen von Menschen brutale Unterdrückung und extremes Elend erleiden, nie ganz sicher sein kann, nicht einmal für die Privilegiertesten ihrer Bewohner.“*

- Er beschreibt damit, was für uns alle längst Realität geworden ist. Unsere Sicherheit hängt auch davon ab, ob Menschen in weit entfernten Ländern ihre Lebensgrundlagen sichern können. **Sicherheitspolitik ist heute globalisiert.**
- Peter Struck hat dies in seinem nunmehr schon klassischen „geflügelten“ Satz auf den Punkt gebracht als er sagte: „Unsere Freiheit wird auch am Hindukusch verteidigt.“
- Mit anderen Worten: Spätestens seit dem 11. September hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Sicherheitspolitik nicht erst an den deutschen Landesgrenzen beginnen kann. Sicherheitspolitik muss neben **reaktiven** auch **präventive** Aktionen und Elemente beinhalten.
- Wir wissen also: Sicherheit ist nicht allein ein **militärisches** oder gar ein **nationales** Thema. Es geht um **existenzielle**, d.h. **politische, wirtschaftliche, soziale** und **ökologische** Bedrohungen von Menschen. Weltweit.
 - *Vor gut 20 Jahren hat Richard von Weizsäcker [wie zuvor der „Brandt-Report“] **den sozialen Ausgleich der Völker** als unverzichtbare Voraussetzung für weltweiten Frieden und Stabilität genannt:*
 - Und weltweite **Armutsbekämpfung** bleibt selbstverständlich Kernziel unserer Arbeit!
 - Gleichzeitig müssen wir uns permanent neuen Herausforderungen stellen:
 - **Klimatische Veränderungen** verstärken Ressourcenknappheiten. So tragen z.B. Wassermangel oder der Verlust an Acker- und Weideflächen dazu bei, dass neue Konflikte entstehen oder bestehende Konflikte sich verschärfen. Schon heute zählt das

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) jährlich mehr als **20 Millionen Umweltflüchtlinge**. Bis 2010 wird ein Anstieg auf 50 Millionen befürchtet.

- **Auch das anhaltende Bevölkerungswachstum** erhöht den Druck auf die natürlichen Ressourcen. Wenn das **Wirtschaftswachstum** mit der **Bevölkerungszunahme** nicht Schritt hält, verschärft sich häufig die Armutssituation. Dann wachsen nicht nur bei „zornigen jungen Männern“ Hoffnungslosigkeit und Gewaltbereitschaft.
- **[Ethnische, kulturelle oder religiöse Faktoren** können diese negative Dynamik verstärken, aber auch deeskalierend wirken.]
- Der Zerfall von staatlichen Strukturen beeinträchtigt die Fähigkeit von Gesellschaften, auf konstruktive Weise mit Konflikten umzugehen. Staatszerfall geht oftmals einher mit schlechter Regierungsführung, Korruption und Menschenrechtsverletzungen. Solche Staaten sind nicht mehr in der Lage, ihre Bürgerinnen und Bürger mit **Basisdienstleistungen**, d.h. mit Bildung, Gesundheit und Sicherheit, zu versorgen.
- **Noch vor wenigen Jahren wurden zerfallende und fragile Staaten** lediglich als „**regionales**“ Problem eingestuft.
- Heute gelten sie als **zentrale Bedrohungen für die internationale Sicherheit**. [Aktuelles Beispiel: der Versuch den Staatsbankrott der Atom-Macht Pakistan zu verhindern] In der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ von 2003 werden sie als „*alarmierendes*

Phänomen“ bezeichnet, „das die globale Politikgestaltung untergräbt und die regionale Instabilität vergrößert.“

- Denn **staatliche Zerfallsprozesse** weiten sich räumlich aus und fördern damit regionale Instabilität, z.B.:
 1. durch massive Flüchtlingsströme,
 2. durch Proliferation von Kriegswaffen,
 3. durch die Ausweitung der organisierten Kriminalität oder
 4. durch den Rückgang von Handelsbeziehungen.
- Wenn Nachbarstaaten in Konflikte eingreifen, entsteht manchmal sogar ein **regionaler Flächenbrand** [Beispiel Ostkongo und Rolle Ugandas]
- **Ein Drittel der absolut armen Menschen** mit einem Einkommen von weniger als 1 Dollar pro Tag lebt in fragilen Staaten. Die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs liegt in einem Land mit einem jährlichen Pro-Kopf Einkommen von \$250 bei **15%**. Bei einem Pro-Kopf-Einkommen von \$5000 sinkt dieses Risiko auf **1%**.
- Wir haben es also mit einem **Teufelskreis** zu tun: Arme Staaten sind besonders anfällig für Konflikte und Bürgerkriege. Andererseits stürzen Konflikte Staaten in wirtschaftliche Krisen. Für die betroffenen Menschen bedeutet dies:
- Schon **junge** Menschen werden so einer lebenswerten **Zukunft** beraubt. An Schule oder Ausbildung ist nicht zu denken, wo es um die nackte Existenz geht.

- Auch Gewalt gegen **Frauen** wird zum Massenphänomen: Weil in vielen Konflikten Vergewaltigung bewusst als „Waffe“ zur psychischen, physischen und sozialen Vernichtung des „Gegners“ eingesetzt wird.
- **Diesen komplexen strukturellen Ursachen ist mit militärischen Mitteln allein nicht beizukommen!**
- Nur wirtschaftliche, soziale und auch politische Verhältnisse, die es den Menschen ermöglichen, für sich und ihre Familien eine Perspektive zu entwickeln, können die Basis **für ein friedliches Zusammenleben bilden.**
- Für das Verhältnis von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik heißt das: Wenn es auch mit Hilfe der **Entwicklungspolitik** gelingt, die komplexen Ursachen bewaffneter Auseinandersetzungen zu bekämpfen, sinkt der **Druck auf die Bundeswehr**, sich international engagieren zu müssen.
- Das Bundesministerium der Verteidigung und die Bundeswehr bringen heute unserer Entwicklungspolitik daher sehr viel **Aufmerksamkeit** entgegen.

III. Der Beitrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Erhöhung der Sicherheit

- Was konkret **tut** die **deutsche Entwicklungspolitik, um den Frieden in der Welt zu fördern?** Was bedeutet **Sicherheit** für uns? Im Folgenden möchte ich Ihnen einige Antworten geben:
- Der Beitrag der Entwicklungspolitik zur Friedenentwicklung wird in der öffentlichen Wahrnehmung häufig auf ihren Beitrag im **Umfeld** von Einsätzen der **Bundeswehr** beschränkt.

- Das finde ich sehr **bedauerlich**. Angesichts der Besorgnis erregenden Entwicklung in Afghanistan ist das zwar verständlich. Diese Verkürzung wird aber dem Beitrag der Entwicklungspolitik zur Krisenprävention **in anderen Teilen der Welt** nicht gerecht.
- Denn: In rund 70 Ländern dieser Erde wird der Beitrag Deutschlands zur Vorbeugung von Krisen und Konflikte ganz **wesentlich** von der **Entwicklungspolitik** erbracht. In vielen dieser Staaten wird ein **Einsatz der Bundeswehr** oder ein Einsatz von UN-Friedenstruppen **hoffentlich niemals notwendig** sein.
- Schon lange gilt: Rund die Hälfte unserer Partnerländer gehört zu den von gewaltsamen Konflikten gefährdeten Ländern. In vielen Ländern ist es die **Entwicklungspolitik**, die in erster Linie den deutschen Beitrag zu Friedensentwicklung und Wiederaufbau leistet. Unabhängig von gemeinsamen Einsätzen mit dem Militär.
- Unser **aller Ziel** muss es sein, **militärische** Einsätze **überflüssig** zu machen. **Entwicklungspolitik** kommt dabei die Aufgabe zu, **strukturelle Konfliktursachen** abzubauen. Sie setzt deshalb zu einem wesentlich **früheren** Zeitpunkt an als das militärische Instrument. Entwicklungspolitik ist daher auch in vielen Ländern engagiert, in denen wir gar nicht an militärische Einsätze **denken**.
- Die **Wechselwirkung von Sicherheit und Entwicklung** haben wir im BMZ in den letzten Jahren **konzeptionell in unsere Zusammenarbeit integriert**. Rund ein Viertel unseres Engagements ist darauf ausgerichtet, mittelbar oder unmittelbar krisenhaften Entwicklungen vorzubeugen.

- Das BMZ engagiert sich beispielsweise insbesondere für die **Verbesserung der Regierungsführung** – für die Schaffung eines an demokratischen Leitlinien ausgerichteten Staates, der auf politischer Legitimität und einem staatlichen Gewaltmonopol beruht. Um dies zu verwirklichen, fördert das BMZ Projekte
 - zur Unterstützung von Rechts- und Verwaltungsreformen,
 - zur Stärkung parlamentarischer Kontrollfunktionen,
 - zur Verbesserung der Menschenrechtssituation
 - oder zur Reform des Sicherheitssektors.

- Unsere Handlungsgrundlage ist dabei ein **erweiterter bzw. umfassender Sicherheitsbegriff**, so wie er im **Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“** und im *Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands (2006)* festgeschrieben ist.

- Der „Aktionsplan Krisenprävention“ weist der Entwicklungspolitik dabei vor allem zwei Aufgaben zu:
 - Behebung der **strukturellen** Ursachen und
 - **Förderung von Mechanismen gewaltfreier Bearbeitung** von Konflikten. Dies umfasst, als ein wichtiger Schwerpunkt des BMZ-Engagements weltweit, die **Förderung von Friedensprozessen nach dem Ende von Gewalt**. Das ist notwendig, weil die Hälfte der Bürgerkriege, die durch Friedensverhandlungen beendet werden, innerhalb von fünf Jahren wieder ausbrechen.

- Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige **Projektbeispiele** nennen:

- Ressourcen könnten für viele Entwicklungsländer **Segen** und der Schlüssel zur Überwindung der Armut sein. Doch nicht erst seit dem Hollywoodfilm über „Blutdiamanten“ wissen wir: Nicht selten sind Rohstoffe ein **Fluch!** Denn Einnahmen aus Ressourcen heizen immer wieder Konflikte an oder erschweren ihre Beendigung.
- Deshalb unterstützt das BMZ die Umsetzung der **Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)**.
- Zum Beispiel in **Ghana**. Dort berät eine EITI-Initiative die Distrikte dabei, Einnahmen aus dem Goldbergbau transparent und entwicklungsorientiert einzusetzen.
- So lassen sich Ressourcen nicht mehr unkontrolliert für die illegale Finanzierung von Kämpfern und Waffen missbrauchen. Und zugleich profitieren auch die **armen** Bevölkerungsteile direkter von den Einnahmen.
- Ein anderes Beispiel ist **Uganda**: Wo der **Zivile Friedensdienstes (ZFD)** bei der Befriedung der Provinz Yumbe im Nordwesten des Landes herausragende Arbeit leistet:
 - Dort gelang es, die Ex-Rebellen der *Uganda National Rescue Front II*, die Soldaten der Armee und die Gemeinden für ein friedliches Miteinander vorzubereiten, Dialogformen zu entwickeln und die ehemaligen Kämpfer wieder in das **Gemeinschaftsleben** zu integrieren..
 - Die Lähmung des sozialen und politischen Lebens einer ganzen Region konnte damit überwunden werden.

- **Natürlich** ist Entwicklungspolitik nicht immer in der Lage, Gewalteskalationen zu verhindern. Deshalb gibt es Situationen, in denen **Militäreinsätze notwendig** sind.
- Neu ist dabei, dass **zivile Aufbauprogramme und Militäreinsätze zur gleichen Zeit in der gleichen Region stattfinden.**
- Neu ist insbesondere, dass es sich bei den Militärkräften auch um **deutsche Soldatinnen und Soldaten** handelt, nachdem die deutsche **Entwicklungspolitik** schon seit vielen Jahren im Umfeld von VN-Friedensmissionen gearbeitet hatte.
- **Beispiel Afghanistan:**
 - Die Wiederherstellung von Sicherheit und der Wiederaufbau stehen in einer wechselseitigen **Abhängigkeitsbeziehung**. Zivile und militärische Akteure **intensivieren** deshalb in Deutschland und vor Ort in zunehmendem Maße ihre **Zusammenarbeit**.
 - Die **deutschen Regionalen Wiederaufbauteams** (*Provincial Reconstruction Teams – PRT*) leben diesen Ansatz des zivil-militärischen Zusammenwirkens vor allem durch die bewährte **ressortübergreifende** Zusammenarbeit **vor Ort**:
 - In lokalen **Provinzentwicklungsfonds** **entscheiden** deutsche Ressortvertreter gemeinsam mit den afghanischen Partnern über Projekte zum Wiederaufbau der afghanischen Verwaltung.
 - Darüber hinaus wurden in zahlreichen Gemeinden die **Infrastruktur** und den Zugang zu öffentlichen und privaten **Dienstleistungen verbessert**. Und damit

das deutsche wie das internationale Engagement auch jenseits der großen Zentren für die Menschen **greifbar** gemacht.

- Nur so ist **Hoffnung** und damit **Frieden** und **Sicherheit** möglich!
- Im Norden und Nordosten des Landes, im Umfeld der deutschen PRT hat Deutschland einen **regionalen Schwerpunkt** für den Wiederaufbau gesetzt. Bislang wurden dort ca. 95 Mio. Euro umgesetzt. 2008 kommen 60 % unserer Zusagen direkt dem Norden und Nordosten des Landes zugute, vor allem den Provinzen Balkh, Kunduz, Takhar und Badakhshan.
- Wir arbeiten daran, hier einen Entwicklungsprozess in Gang zu setzen und den **Afghaninnen und Afghanen die Verantwortung für den Aufbau ihres Staates zu übertragen**. Unser Ziel ist es, dazu beizutragen, dass die Präsenz des internationalen Militärs hier überflüssig wird. [Wann das sein wird, kann ich Ihnen heute allerdings noch nicht sagen].
- Entwicklungspolitik ist also langfristige **Struktur- und Friedenspolitik!** Entwicklungszusammenarbeit zielt auf **globale Zukunftssicherung** und vollzieht sich im **partnerschaftlichen Einsatz** für eine **nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse**.
- **Entwicklungszusammenarbeit ist** damit das **effizienteste** und **kostengünstige Instrument der Friedenspolitik, das wir besitzen**.
- [Zur Illustration eine Gegenüberstellung aus dem SIPRI-Jahrbuch 2007: Die globalen Rüstungsausgaben beliefen sich 2006 auf \$ US 1.204 Mrd. Pro Kopf der Weltbevölkerung sind das 178 US \$. Die Kosten für das Erreichen der MDGs werden auf 135 Mrd. US \$ geschätzt. Das sind 20 US \$ pro Weltbewohner..]

- **Ich bin daher überzeugt:** Die meisten Fälle, in denen eine rechtzeitige zivile entwicklungspolitische Konfliktarbeit **erfolgreich** war und deshalb ein Militäreinsatz **unnötig** geblieben ist, werden gar nicht in der Öffentlichkeit kaum **wahrgenommen**, geschweige denn **gewürdigt!**
- **Denn politische Aufmerksamkeit** gibt es leider oft nur in Fällen, in denen „das Kind bereits in den Brunnen gefallen“ ist. Beispiel: Afghanistan zu Zeiten der Taliban.
- Und es erscheint mir **wohlfeil**, und mit Blick auf die betroffenen Menschen sogar **zynisch**, wenn einige „Experten“ dann mit dem Finger auf unsere Politik weisen, nach dem Motto: „Bringt ja eh nix, die Entwicklungshilfe...“
- Diese Simplifizierung wird den **Erfolgen** der Entwicklungspolitik, gerade in ihrer **sicherheitspolitischen** Dimension, nicht gerecht:
- Bereits in den 1990er Jahren konnten weltweit zahlreiche Kriege beendet werden. Seit der Jahrtausendwende nimmt dieser Trend zu: Nach Erhebungen des *Kanadischen Instituts für menschliche Sicherheit* gab es 2005 etwa **15% weniger** Konflikte als 2002. Vor allem in Subsahara-Afrika nahm ihre Zahl stetig ab: noch 2002 gab es dort 37 staatliche und nichtstaatliche Konflikte, 2005 waren es 17.
- Daher muss die Antwort auf globale sicherheitspolitische Herausforderungen auch lauten: **Mehr Geld für Entwicklung!**
- Und gerade angesichts der weltweiten Finanzkrise: **Einhaltung des ODA-Stufenplans!**

IV. Ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Krisenprävention und -bewältigung mit Gedanken zur zivil-militärischen Zusammenarbeit

- Im aktuellen **Koalitionsvertrag** der Bundesregierung steht: „Deutsche Außenpolitik fußt auf einem **umfassenden Sicherheitsbegriff**, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik miteinander verknüpft“.
- Die gestiegene Bedeutung der **Prävention** gegenüber dem Einsatz sonstiger Mittel schlägt sich darüber hinaus in **zwei wichtigen Dokumenten der Bundesregierung** nieder: dem **Aktionsplan** „*Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung*“ von 2004 und dem *Weißbuch der Bundesregierung zur deutschen Sicherheitspolitik* von 2006. Aus beiden Dokumenten geht hervor, dass **Krisenprävention als Querschnittsaufgabe** deutscher Politik angesehen wird.
- Hauptakteure sind neben dem BMZ das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Verteidigung sowie das Bundesministerium des Innern. Aber auch andere Ministerien wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie oder das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit tragen mit ihren Mitteln zu einer in sich **geschlossenen, sich ergänzenden Krisenpräventionspolitik** bei.
- Das bedeutet, dass **allen Politikfeldern** bei der Krisenprävention und der Krisenbewältigung **eigene** Rollen zu kommen, die sich im Gesamtrahmen ergänzen und gegenseitig unterstützen.

- Somit gibt es **keine Rangliste der einzelnen Politikfelder**, aus der hervorgehe, dass ein Politikfeld **wichtiger** ist als das andere. Alle Ressorts sind an der Entwicklung der politischen Strategie **gleichberechtigt beteiligt**. So dürfen zum Beispiel unsere entwicklungspolitischen Ziele nicht unmittelbaren Sicherheitsbelangen oder den Erfordernissen der Diplomatie untergeordnet werden.
- Gleichzeitig existiert ein klares Verständnis der **Aufgabenteilung**. **Nicht jeder muss alles machen**. Jedes Politikfeld soll seine Aktivitäten im Rahmen der gemeinsam festgelegten Strategie **eigenverantwortlich** steuern können. Das fassen wir unter der Formel der **gemeinsamen Verantwortung bei getrennten Verantwortlichkeiten** zusammen.
- Die Antwort auf die Frage, in **welchen** Krisen wir uns **wie** engagieren, kann daher, situationsbedingt, völlig **unterschiedlich** ausfallen.
- Denn die einzelnen Akteure haben sowohl **unterschiedliche Instrumente** wie auch **unterschiedliche Ansatzpunkte und Aufträge**.
- Bei der **Verteidigungspolitik** steht der Einsatz staatlicher Machtmittel zur **Abwehr** möglicher **Bedrohungen** im Vordergrund. Sie wirkt somit vorrangig gegen die **Symptome** von Konflikten, kann aber auch **Freiraum** für Entwicklungspolitik **schaffen**.
- **Entwicklungspolitik setzt dagegen auf die Entfaltung von Chancen**. Sie verringert Armut und Ungleichheit, fördert Ansätze von Demokratisierung und verantwortungsvoller Regierungsführung und stärkt die Zivilgesellschaft. Ihre Maßnahmen und Instrumente setzen an **den Wurzeln der Konflikte** an.

- **Entwicklungspolitische und militärische Maßnahmen können sich dabei ergänzen.** Ein unmittelbares Zusammenwirken von Entwicklungs- und Verteidigungspolitik ist jedoch aus unserer Sicht, trotz der medialen Dominanz des Afghanistaneinsatzes, **eher die absolute Ausnahme als der Regelfall.** Dies ist konsequent, denn
 - **Prävention ist stets kostengünstiger als der Einsatz militärischer Mittel.** [Wir in Deutschland lassen uns den Einsatz von Militär, der nun mal verbunden ist mit hohen Personal- und Materialkosten, ein Vielfaches dessen kosten, was wir bereit sind, für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auszugeben.]
 - Hinzu kommt, dass eine militärische Intervention einen **erheblichen**, oft **risikobehafteten**, Eingriff darstellt, dessen Folgen für die betroffenen Menschen nie genau **planbar** sind.
 - Der **Einsatz von Militär** erfolgt daher in erster Linie zur Sicherheit des **eigenen** Landes. In **begründeten Fällen** aber auch zur Absicherung der friedlichen Entwicklung in einem anderen Staat. Ich denke hier z. B. an die erfolgreiche Begleitung der **Wahlen im Kongo** oder die Absicherung eines Friedensschlusses, wie wir es beispielsweise auf dem Westlichen Balkan in **Bosnien** und **Herzegowina** getan haben.
- Der Einsatz von Militär **kann nach meiner Überzeugung daher nur das letzte Mittel sein. Das einzusetzen ist, wenn alle anderen Mittel versagt haben.**

- Lassen Sie mich kurz ein paar weitere Punkte nennen, die unterstreichen, dass Entwicklungs- und Verteidigungspolitik mit ihren **unterschiedlichen Stärken unterschiedlich mit Krisen** umgehen.

- Auch wenn die Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan schon wesentlich länger engagiert ist, als man es zum Beginn ihres Einsatzes vermutet hatte, und ein Ende des Engagements momentan nicht absehbar ist: Entwicklungspolitik hat grundsätzlich einen wesentlich **längeren Zeithorizont!** In Afghanistan wird es zum Beispiel mindestens **eine Generation** dauern, bis die Kinder, die heute in die von uns gebauten Schulen gehen, die Gesellschaft verändern können.

Wir glauben und hoffen alle, dass die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr dann nicht mehr dort im Einsatz sein müssen.

- Seitens der Militärs wird immer wieder Unmut darüber geäußert, dass entwicklungspolitische Akteure große Koordinationsprobleme hätten, klare **Verantwortlichkeiten** und klare **Entscheidungsstrukturen** fehlten.
- Sicher ist die Organisation des zivilen Wiederaufbaus nicht mit den militärischen Kommandostrukturen von ISAF vergleichbar. Aber wir betrachten es als **großen Vorteil**, für die Vielzahl der unterschiedlichen Aufgaben über eine große Bandbreite von Akteuren und Organisationen mit eigenen **Stärken** und **Profilen** zu verfügen.
- **Partnerschaftsprinzip:** Wir sind überzeugt, dass Entwicklungspolitik nur dann nachhaltig und erfolgreich sein kann, wenn unsere **Partner** an die gemeinsamen Ziele **glauben** und **Verantwortung** für sie

übernehmen. Wir im **können** und **wollen** Entwicklung nicht „nach eigenem Gusto und à la carte machen“. Deshalb stimmen wir alle unsere Projekte vorab in **Regierungsverhandlungen** ab.

- Mir ist klar, dass dieses Vorgehen bei Militäroperationen keine gute Idee wäre! Dennoch glaube ich, dass wir im BMZ an dieser Stelle einiges mit an den Diskussionstisch bringen, das die Arbeit vieler anderer Politikfelder – **auch der Verteidigungspolitik** – bereichern kann.
- Ein Wort noch zur **zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC)** im engeren Sinne und im Verständnis der Bundeswehr: Wir verwenden zur Beschreibung unserer Zusammenarbeit den Begriff CIMIC **sehr ungern. Dieser Begriff beschreibt**, das wissen Sie, ein bestimmtes militärisches **Instrument**, dessen primärer Zweck die Gewinnung von Informationen zum Schutz der eigenen Truppe und die Verbesserung des Erscheinungsbildes des Militärs ist (Stichwort „**force protection**“).
- Das ist aus Sicht der Militärs vollständig nachvollziehbar. Aber es ist eben **nicht** das oberste Ziel der Entwicklungspolitik: Uns geht es primär um den Aufbau **von Strukturen in den Partnerländern**.
- Und noch eines möchte ich offen ansprechen: Mir ist bewusst, dass die **Erwartungen** des Militärs an die Entwicklungszusammenarbeit **hoch** sind. Die NATO sieht die Entwicklungspolitik im Rahmen ihres **Comprehensive Approach** als einen wichtigen **operativen** und **taktischen Teilbereich** bei der Planung und Durchführung von Auslandseinsätzen.

- Nach diesem Verständnis wäre die **Entwicklungspolitik ein Instrument der Verteidigungspolitik!**
- Beispielsweise wäre demnach die Entwicklungspolitik gefordert, umgehend nach Militäreinsätzen in bestimmten Gebieten tätig zu werden, um der Bevölkerung raschen Erfolg zu bringen und sie auf unsere Seite zu ziehen. **In dieser Rolle sehen wir uns jedoch natürlich NICHT.** Wir haben **eigenständige** Ziele, die wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgen.

V. Fazit

- „*Wer Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen*“. So lautete bereits vor 28 Jahren die Botschaft der unter dem Vorsitz von Willy Brandt arbeitenden Nord-Süd-Kommission.
- Gerade im Zeitalter der Finanzkrisen heißt das: Um die Quellen weltweiter Konflikte auszutrocknen, müssen die Risiken der Globalisierung berechenbar gemacht und ihre Freiheiten und Früchte gerechter verteilt werden.
- **Die Aufgabenteilung ist dabei klar:**
 - **Sicherheitspolitik** zielt ab auf die **Vermeidung** und **Abwehr von Gefahren**,
 - **Entwicklungspolitik** auf die **Entfaltung von Chancen**.
- Beide Politikfelder agieren **gleichberechtigt** und **komplementär**: denn eine rein militärische Strategie, die tiefer liegende **strukturelle** Probleme nicht berücksichtigt, ist nicht **nachhaltig** und damit genauso zum Scheitern verurteilt,

wie ein zu enges, und damit falsches, entwicklungspolitisches Verständnis, das **Sicherheitsaspekte** grundsätzlich ignoriert.

- Um dem globalen Ziel menschlicher Sicherheit zu dienen, müssen beide Politikfelder **zusammenwirken**.
- In diesem Sinne freue ich mich auf eine angeregte Diskussion über **gesicherte Entwicklung** und **entwickelte Sicherheit**.

Vielen Dank!